

ANFRAGENBEANTWORTUNG

1. Unterstützt Ihr unsere Forderung einer maßvollen Verbauung (EG+2OG+DG)?

Hintergrund: Im Zuge der Diskussionen haben wir „maßvoll“ als offene Bauweise mit maximal Erdgeschoß + 2 Obergeschoße + Dachgeschoß definiert. Warum? Für einen Teil der Grundfläche gibt es einen Bebauungsplan (u.a. Festlegung 3 Obergeschoße). In der westlichen, östlichen und nördlichen Nachbarschaft entsprechen neu gebaute Gebäude dieser Dimension. Eine darüber-hinausgehende Höhe und Dichte ist für uns nicht maßvoll.

- aktuell: Algunderstraße (RAIFFEISEN), Amraser-See-Str. 37 (HORICON) beide EG+2OG+DG
- zuletzt: Wohn- u. Ärztehaus Geyrstr./Ferdinand-Kogler-Str. (IIG) EG+3OG

Die Frage, welche Verbauung grundsätzlich als „maßvoll“ zu gelten hat, lässt sich aus unserer Sicht nicht pauschal beantworten. Grundsätzlich sind wir mehrgeschossigen Wohngebäuden in verdichteter Bauweise gegenüber aufgeschlossen, wenn dadurch Platz für Freiflächen gespart werden kann. Wichtig ist für uns jedenfalls die Vermeidung weitergehender Bodenversiegelung und die Freihaltung von Grünflächen. Wir legen uns daher nicht pauschal auf eine maximale Geschossanzahl fest, sofern keine wesentlichen Sichtachsen und Blickbeziehungen dadurch beeinträchtigt werden. Am Stadtrand wie in Amras erscheint jedoch grundsätzlich die Vermeidung von allzu hoher und dichter Verbauung sinnvoll.

2. Unterstützt Ihr unsere Forderung nach einer gleichzeitigen Verkehrsberuhigung des Wohngebiets Amras? D.h. konkrete Maßnahmen zur Reduktion des Durchzugsverkehrs und Ausbau des Verkehrsknotens, wie im ÖROKO 2.0 (und 2002) bereits festgehalten?

Hintergrund: Amras leidet am Durchzugsverkehr vom und zum DEZ. Gemäß letzter Verkehrszählung während der Pandemie (!!) ein Fahrzeug alle 10-20 Sekunden in den betroffenen Straßen. Es gibt Ideen zur Verkehrsberuhigung des Wohngebiets, die in den Schubladen (Verkehrsplanung) liegen.

- ÖROKO 2.0, Anhang 5, VK07: Ausbau Knotenpunktbereich Amraser-See-Str./Andechsstr./Ferdinand-Kogler-Str.

Ja. Wir unterstützen grundsätzlich Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, nicht nur in Amras, sondern in der gesamten Stadt. Aus unserer Sicht ist eine großflächige Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 sinnvoll und aufgrund des steigenden Platzbedarfs immer notwendiger. Zudem möchten wir die Stadt für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen attraktivieren. Auch wenn die Anbindung des Stadtteils Amras an das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs relativ gut ist, ist auch hier zu prüfen, wo noch Optimierungsbedarf besteht. Denn Verkehrsberuhigung ist nur dann erfolgreich, wenn der Anreiz, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu nutzen, groß genug ist. Gerade der Südring einerseits und die Autobahn andererseits nehmen den Stadtteil in die Zange. Während die Autobahneinhausung dem Stadtteil einiges an Lebensqualität zurückgebracht hat, besteht bezüglich des Südrings und der Zufahrt zum DEZ noch Handlungsbedarf.

3. Unterstützt Ihr unsere Forderung, dass eine Tiefgaragen Ein/Ausfahrt nicht in die Gerhart-Hauptmann-Str. münden darf?

Hintergrund: Die Einbahn Gerhart-Hauptmann-Str. ist nur 6m breit, hat einen Gegenverkehr-Radstreifen und Parkflächen. Schon heute kann der Mindestabstand zum/r Radfahrer/-spur gemäß StVO nicht eingehalten werden. Eine zusätzliche Gefahrenquelle muss vermieden werden. Hinsichtlich Straßenkapazität ist zu erwähnen, dass zusätzliche landwirtschaftliche Gründe mit Bauwidmung an der Straße liegen.

Ja. Wir möchten den Umweltverbund (Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und Öffnutzer:innen) stärken, in dem wir die Wege für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen sichern und attraktivieren. Hinzu kommt, dass wir bereits vor der Planung dieses Projektes, die Petition für eine sichere Gerhart-Hauptmann-Straße unterstützt haben. Das Konzept der „autogerechten Stadt“ hat sich als Sackgasse erwiesen. Die Tiefgarageneinfahrt würde die Situation vor Ort nochmal verschärfen. Deshalb unterstützen wir die Forderung.

4. Unterstützt Ihr unsere Forderung, dass ein Projekt, das gemäß Wunsch der Bauwerber rd. 5 Prozent zusätzliche Bevölkerung (ca. 280-300 neue Einwohner) für diesen Stadtteil bedeutet, nicht ohne konkrete Maßnahmen zur sozialen Integration bewilligt werden darf?

Hintergrund: Sowohl Kinderkrippe als auch Volksschule Amras sind bereits jetzt bis an die Kapazitätsgrenze ausgelastet. Ohne konkrete Infrastruktur-Maßnahmen erscheint keine geordnete Entwicklung möglich.

Grundsätzlich ja. Wir halten allerdings generell wenig von derartig überdimensionierten privaten und gewerblichen Bauprojekten, da sie gemäß den vorliegenden Daten die höchste Leerstandsquote aufweisen. Wir halten es für wichtig, dass bebaute Flächen dem Zweck entsprechend genutzt werden. Es ist aber klar, dass zusätzliche Wohnbebauung auch eine Ausweitung der sozialen Infrastruktur erfordert.

5. Unterstützt Ihr unsere Forderung nach einer Aktualisierung der Stadtplanung (ÖROKO 2.0)?

Hintergrund: Die wichtigste Grundlage, die Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung in IBK, ist nachweislich falsch (viel zu hoch). Aktuell steht schon jetzt jede 10. Wohnung in Innsbruck leer, aber noch immer werden Bauvorhaben auf dieser Grundlage beurteilt.

Eine Aktualisierung aufgrund der neuesten Erkenntnisse der zu erwartenden Entwicklung erscheint grundsätzlich immer sinnvoll.

Das Problem ist aber unserer Ansicht nach komplexer: Einerseits haben wir eine Leerstands Quote von knapp 9 Prozent, andererseits sind über 5 500 Menschen für eine Stadtwohnung vorgemerkt. Während in der Stadt tausende Wohnungen leerstehen, finden gleichzeitig tausende Menschen keine Wohnung, die sie sich leisten könnten. Pro Hauptwohnsitz stünde in Innsbruck eine Wohnnutzfläche von rund 43 Quadratmeter zur Verfügung. Selbst unter Einbeziehung der Nebenwohnsitze wären es immer noch rund 35 Quadratmeter pro Kopf. Wäre Wohnraum in der Stadt annähernd gleichmäßig verteilt, gäbe es keinen Wohnungsnotstand. Die Wohnungsfrage ist keineswegs ausschließlich eine Frage des Bauens, sondern eine Verteilungsfrage. Das heißt, dass der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum grundsätzlich überschaubar wäre und dass die Bedarfsdeckung ohne weitere Bodenversiegelung aus käme, wenn es ein breites gesellschaftliches Commitment zur Lösung der Wohnungsfrage gäbe. Wir haben leerstehende Immobilien, die auf die Besiedelung warten, wir haben Gebäude, die aufgestockt, und Dachböden, die ausgebaut werden können, wir haben Autobahnstrecken, die eingehaust und überbaut werden können, wir haben Einkaufszentren, die überbaut werden könnten, wir haben Parkplatzflächen, die bebaubar wären, wie etwa das Projekt der Nachverdichtung in der Andechsstraße, wo zusätzlicher Wohnraum entsteht, ohne dass ein weiterer zusätzlicher Quadratmeter versiegelt werden müsste. Unter den jetzigen Voraussetzungen fehlen der Stadt die Möglichkeiten, das vorhandene Potential entsprechend auszuschöpfen und für bezahlbaren Wohnraum zu mobilisieren. Daran muss sich dringend etwas ändern. Denn woran es in der Stadt fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum.

6. Teilt Ihr unsere Meinung, dass zukünftige Wohnbauprojekte gemäß Bedarf und mit Bedachtnahme auf eine hohe Lebensqualität für alle Einwohner dimensioniert werden sollen?

Hintergrund: Gemäß jüngster Veröffentlichung entspricht der aktuelle Wohnungsleerstand dem gesamten Wohnungsbestand des O-Dorfs. Derzeit kann niemand von Bedarf an zusätzlichen frei finanzierten Wohnungen sprechen. Die Baudichten der letzten Jahre erscheinen aus heutiger Sicht unverhältnismäßig. Im Sinne der Lebensqualität in dieser Stadt ist Mäßigung bei Dichte und Dimension von Bauvorhaben ein Gebot der Stunde.

Ja. Da bislang erst die Hälfte des Innsbrucker Wohnungsbestands vom Leerstands-Monitoring erfasst und ausgewertet ist, wird wohl noch ein zweites leerstehendes O-Dorf dazukommen, wenn die Auswertung abgeschlossen ist. Wir haben in Neubauprojekten eine Leerstandsquote, von knapp 13 Prozent. Diese geht in erster Linie auf private und gewerbliche Bauprojekte zurück, während in kommunalen und gemeinnützigen Neubauprojekten praktisch kein Leerstand zu verzeichnen ist. Wir sehen also, dass im gewerblichen und privaten Wohnbau in erster Linie Leerstand produziert wird.

Uns geht es allerdings vorrangig darum, dass wir für solche Betongoldprojekte, die in erster Linie der Profitmaximierung einiger Weniger dienen, keinen Platz mehr haben in der Stadt. Daher stehen wir ihnen grundsätzlich ablehnend gegenüber. Unser Fokus liegt in weiterer aufrichtiger Konsequenz auf dem kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau. Da der private Wohnungsmarkt das nicht leisten kann und am Bedarf vorbei baut, muss hier die öffentliche Hand entsprechend tätig werden und den Wohnraum schaffen, der gebraucht wird.

Alternative Liste Innsbruck - Mesut Onay